

## Beschluss

### **100-Tage-Programm: Für den grünen Wandel – Schwarz-Gelb beenden**

Am 22. September stehen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vor einer Richtungsentscheidung. Darüber kann auch ein Wahlkampf von Angela Merkel nicht hinwegtäuschen, der bewusst jede inhaltliche Auseinandersetzung vermeidet und darauf setzt, sich durch eine niedrige Wahlbeteiligung die Kanzlerschaft erneut zu erschleichen.

Viele Menschen wollen, dass sich etwas ändert: sie wollen Löhne, die zum Leben reichen, gute Kitas und Schulen und ein Gesundheitssystem, auf das sich alle verlassen und das sich alle leisten können. Sie wollen die Energiewende, sie wollen eine andere Landwirtschaft, sie wollen eine Wirtschaft, die weniger Ressourcen verschwendet und unser Klima nicht zerstört. Sie wollen ihre Privatsphäre geschützt wissen und sie wollen in einem toleranten, modernen Land leben.

Mit der Fortsetzung von Schwarz-Gelb drohen jedoch vier weitere Jahre, in denen die zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft vernachlässigt werden. Mit CDU, CSU und FDP wird es keine echte Energiewende, keinen Schub für dringend notwendige Kita-Plätze, keinen Mindestlohn, keine Frauenquote, keine humane Flüchtlingspolitik und kein solidarisches Europa geben. Das Finanzcasino, das unsere Marktwirtschaft in die Krise gestürzt hat, bliebe weiter geöffnet. Es gäbe weitere Milliardeneschenke an Klientelgruppen zu Lasten unseres Gemeinwesens, neue Schulden und unverantwortliche Rüstungsexporte in die Krisenregionen dieser Welt.

Der Gegenentwurf zu vier weiteren Jahren schwarz-gelber Klientelpolitik auf Kosten des Gemeinwohls sind BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit unserem grünen Wandel haben wir ein umfassendes, realistisches und durchgerechnetes Programm vorgelegt. Wir eiern nicht herum wie Schwarz-Gelb, sondern machen die Alternativen deutlich, um Deutschland nachhaltiger und gerechter zu machen. Nur so können die Menschen eine echte Wahl treffen zwischen schwarz-gelber Vergangenheit und grüner Zukunft.

Es ist Zeit, dass sich etwas ändert. Wir wissen, dass dabei viele dicke Bretter zu bohren sind: der Abschied von der einseitigen Wachstumsfixierung und der ökologische Umbau der Wirtschaft erfordern einen langen Atem. Die Beendigung der Zwei-Klassen-Medizin durch die Einführung einer Bürgerversicherung als Gegenentwurf zur Bahr'schen Privatisierung von Lebensrisiken für alle werden wir hartnäckig und auch gegen massive Widerstände einzelner Lobbygruppen durchsetzen. Aber auch der notwendige Umbau unserer Sicherheitsbehörden als Konsequenz aus den Morden rechtsextremer Terroristen und dem NSU-Untersuchungsausschussbericht wird Zeit brauchen.

Anderes kann schneller umgesetzt werden. In einer grünen Regierungsbeteiligung werden wir deshalb innerhalb der ersten hundert Tage mit folgenden Maßnahmen beginnen:

## **1. Energiewende retten und fair finanzieren**

Schwarz-Gelb hat die Energiewende in Bürgerhand systematisch sabotiert, künstlich verteuert und macht stattdessen wieder Energiepolitik für die Konzerne. Deutschland produziert so viel schmutzigen Kohlestrom wie Anfang der 1990er Jahre. Mit einer Strompreislüge machen Schwarz-Gelb und viele Wirtschaftsverbände Front gegen den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dabei sind die Strompreise für die stromintensive Industrie nachweislich gar nicht gestiegen. Auch werden Privatkundinnen und -kunden nicht in erster Linie durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren belastet, sondern durch die ausufernde Befreiung von Teilen der Wirtschaft von den Netzentgelten und der EEG-Umlage – die Zeche dafür zahlt auch der Mittelstand. Ein Gelingen der Energiewende in Deutschland ist zentral für den weltweiten Klimaschutz, für viele hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland und den Atomausstieg. Wir können bis 2020 50 Prozent unseres Stroms durch Erneuerbare Energien produzieren und trotzdem gewährleisten, dass Strom für alle bezahlbar bleibt – wenn das schwarz-gelbe Missmanagement abgestellt wird. Als Sofortmaßnahmen werden wir Grüne

- die Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Rückführung der Befreiungen bei den Netzentgelten und der EEG-Umlage um 4 Mrd. € entlasten. Dadurch entstehen finanzielle Spielräume für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien
- die zentralen Kompetenzen für die Energiewende in einem Ministerium in grüner Hand bündeln
- sofort die deutsche Blockade in Europa bei der Reform des europäischen Emissionshandels und bei der Verabschiedung ambitionierter Verbrauchsobergrenzen für PKW beenden

## **2. Massentierhaltung beenden**

Die Tierhaltung ist für 18% der globalen Treibhausgase verantwortlich. Riesige Flächen dienen dem Anbau von Futtermitteln. Regenwälder werden gerodet und die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen auf der Welt zerstört. Die Massentierhaltung ist grausam zu den Tieren. Sie produziert durch tonnenweisen Antibiotikaeinsatz immer mehr Resistenzen bei gefährlichen Keimen. Dieser Form der industriellen Landwirtschaft sagen wir Grüne den Kampf an. Nötig ist aber auch ein Bewusstseinswandel bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, den wir z.B. mit unserer Initiative für einen Veggie-Day anstoßen wollen. Als Sofortmaßnahmen werden wir

- die Subventionen für Megamastanlagen und Schlachtfabriken sowie die Privilegierung der Massentierhaltung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern
- durch die Verankerung artgerechter Haltungsbedingungen im Tierschutzrecht und verbindliche Antibiotikaleitlinien den Drogenhandel im Stall, also den massiven Antibiotikamissbrauch in den Ställen, und das unnötige Tierleid beenden
- für eine verpflichtende Kennzeichnung der Art der Tierhaltung (Label) und einer Ampel-Kennzeichnung für Fett- und Zuckeranteile für mehr Information, Transparenz und Verbraucherschutz sorgen
- die Förderung des Exports von Tierfabriken mit staatlichen Hermesbürgschaften stoppen.

## **3. Gute Bildung und Betreuung für jedes Kind - Betreuungsgeld abschaffen**

Wir wollen ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot

schaffen. Denn die übergroße Mehrheit der jungen Familien in Deutschland wünscht sich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vielerorts fehlt es an hochwertigen Kita- und Hortplätzen. Wir brauchen Gespräche mit den Ländern über ein neues Ganztagschulprogramm. Wir brauchen eine Kita-Offensive. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite Qualitätsstandards fest. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. in der Kindertagespflege von Anfang an. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Familien, die nur dadurch gewährleistet ist, dass für alle Familien, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Wir werden deshalb

- unverzüglich das Betreuungsgeld abschaffen und das freiwerdende Geld direkt in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren, um unter anderem ein Sofortprogramm für Kommunen mit besonderem hohem Betreuungsbedarf zu finanzieren.
- mit mehr Personal für mehr Qualität in der Kinderbetreuung sorgen. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz werden wir eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 für unter Dreijährige und 1:10 für über Dreijährige festschreiben

#### **4. Faire und gerechte Löhne**

Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland haben Millionen Menschen kaum profitiert. Immer mehr Menschen arbeiten zu Armuts- und Dumpinglöhnen. Der Niedriglohnsektor wächst, die Reallöhne sind kaum gestiegen, während die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkünfte explodierten. Und immer mehr Menschen müssen zwei oder mehr Jobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Besonders häufig betroffen sind hiervon Frauen. Dieser Entwicklung haben CDU, CSU und FDP tatenlos zugesehen. Wir wollen Schluss machen mit dem Skandal, dass acht Millionen Menschen zu Löhnen arbeiten müssen, von denen sie nicht leben können. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Menschen am Wohlstand teilhaben und nicht nur wenige. Deshalb werden wir als Sofortmaßnahme

- einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 € einführen
- gleiche Bezahlung für LeiharbeiterInnen von Anfang an einführen
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer durch ein Entgeltgleichheitsgesetz realisieren

#### **5. Zweiklassenmedizin überwinden – die Bürgerversicherung auf den Weg bringen**

Schwarz-Gelb hat die Krankenversicherung auf den Weg in die Kopfpauschale geschickt. Der Arbeitgeberbeitrag wurde eingefroren, künftige Ausgabensteigerungen sollen alleine die Versicherten über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge tragen. Diesem Angriff auf das Solidarsystem stellen wir die Bürgerversicherung entgegen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von Status und Einkommen im Bedarfsfall die gleichen Leistungen bekommen und sich fair am Solidarausgleich beteiligen. Um übermäßige Belastungen einzelner Gruppen zu vermeiden und Bestandsschutzrechte von Privatversicherten zu gewährleisten, wird die Zusammenführung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung mehrere Jahre dauern. Als erste Maßnahmen werden wir die Zusatzbeiträge abschaffen den Einheitsbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung abschaffen, die Krankenkassen sollen ihre Beitragssätze wieder selbst festlegen.

## **6. Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

Schwarz-gelb hat die Weichen auch in der Wohnungspolitik nicht auf Zukunft gestellt. Zukunftsfähige Wohnungspolitik heißt vor allem: soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und die energetische Modernisierung der Gebäude zusammen zu denken. Denn während einige Regionen mit Wohnungsleerstand kämpfen, wird Wohnraum in wirtschaftsstarken Regionen immer knapper und teurer. Das erhöht den Druck auf die Mieterinnen und Mieter. Doch wir wollen Städte für alle Bürgerinnen und Bürger – und keine Spielwiesen für SpekulantInnen. Deshalb wollen wir

- die Wiedervermietungsrenten - als den größten Preistreiber – für Regionen, in denen Wohnraummangel herrscht, auf künftig nicht höher als 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzen und Mieterhöhungen im Zuge von Modernisierungen auf maximal 9 % der Kosten pro Jahr senken und auf die energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau beschränken,
- Die Kosten für energetische Sanierung mit gezielter Förderung und einem Klimazuschuss zum Wohngeld absenken

## **7. Rechtsextremismus bekämpfen - Extremismus-Klausel abschaffen**

Der Kampf gegen Rechts und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird unter einer grünen Regierungsbeteiligung wieder zur Priorität gemacht. Aus den schwarz-gelben Koalitionsfraktionen heraus sind in den letzten Jahren immer wieder Ressentiments gegen Sinti und Roma oder gegen AsylbewerberInnen geschürt worden, die Rechtsextremen den Boden bereiten. Wir wollen

- Die unsägliche sogenannte Extremismusklausel der CDU-Ministerin Schröder unverzüglich abschaffen
- die Mittel für Projekte der Zivilgesellschaft gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstetigen und dauerhaft jährlich 50 Mio. € bereitstellen

## **8. Benachteiligung von Frauen überwinden – echte Gleichstellung voranbringen**

Dass in Deutschland Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität oder ihrem Geschlecht immer noch diskriminiert und strukturell ungleich behandelt werden, ist eine skandalöse Tatsache, an der Schwarz-Gelb nichts geändert hat. Im Gegenteil: Es wurde an vielen Stellen schlimmer. So ist die strukturelle Benachteiligung von Frauen ausgeweitet worden und Bildungschancen haben sich weiter nach Persönlichkeitsmerkmalen sortiert. Und in Sachen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften musste die Merkel-Regierung zu jedem Minischritt erst vom Bundesverfassungsgericht gezwungen werden. Wir Grünen werden

- eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte von 50 Prozent einführen
- die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften öffnen, inklusive dem vollen Adoptionsrecht

## **9. Bürgerinnenrechte stärken - Einbürgerungsoffensive starten**

Der NSA-Skandal hat wieder einmal deutlich gemacht, dass das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit aus dem Lot geraten ist. Wir wollen keinen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt und die Kommunikation anlasslos überwacht, oder dieses

hinnimmt. Wir wollen deshalb die Geheimdienste parlamentarisch stärker kontrollieren und den Datenschutz modernisieren und stärken. Wir wollen auch keinen Staat, der Menschen, die seit langem hier leben, als Bürger zweiter Klasse ohne staatsbürgerschaftliche Rechte behandelt. Deshalb setzen wir auf eine Einbürgerungsoffensive. Und wir stehen für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik. Deutschland muss seiner Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen stärker gerecht werden, gerade mit Blick auf Syrien. Und für hier lebende Flüchtlinge müssen die Grundrechte gelten. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir wollen zudem die Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylsuchende beseitigen.

Als Sofortmaßnahmen wollen wir

- die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste massiv ausbauen und auf europäischer Ebene eine Initiative für das Ende der Vorratsdatenspeicherung starten
- den Optionszwang streichen und die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen
- das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

## **10. Öffentliche Infrastruktur erhalten, Schulden abbauen**

Trotz hoher Steuereinnahmen und historischer Niedrigzinsen hat Schwarz-Gelb in den letzten vier Jahren 100 Mrd. € neue Schulden gemacht. Statt neue Spielräume für Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen zu schaffen, haben CDU, CSU und FDP Bund, Ländern und Kommunen 35 Mrd. € durch Steuergeschenke, zum Beispiel an Hoteliers und Spitzenverdiener, entzogen. In der Folge verfällt die öffentliche Infrastruktur in Deutschland zusehends: Kaputte Schuldächer, geschlossene Bibliotheken, unbefahrbare Brücken, Straßen voller Schlaglöcher und ein lahmgelegter Bahnhof ohne Personal in einer Landeshauptstadt. Dies alles ist die Folge einer Politik, die die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand ignoriert. Wir Grüne wollen die öffentlichen Haushalte konsolidieren, wir wollen aber gleichzeitig Spielräume schaffen für mehr Investitionen in Bildung und Betreuung, Wissenschaft und Forschung, in die Energiewende und in unsere öffentliche Infrastruktur. Der Bund muss größere Verantwortung für die Finanzierung der Hochschulen übernehmen. Wir werden daher jährlich mindestens 1 Mrd. Euro mehr Bundesmittel in die Hochschulen in Deutschland investieren, um so ein gutes Angebot an Studienplätzen zu sichern, und das BAFöG ausweiten. Durch unsere Steuerreform werden wir gerade auch die Kommunen wieder in die Lage versetzen, in Bildung, Kitas, Bibliotheken oder Kultureinrichtungen zu investieren. Und wir wollen erstmals auch öffentliche Schulden wieder abbauen. Deshalb werden wir

- Normalverdiener durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.712 € entlasten und den Spitzensteuersatz ab 80.000 Euro auf 49% anheben
- den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen durch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs angehen
- eine Vermögensabgabe zum Schuldenabbau einführen
- die Weichen bei den Verkehrsinvestitionen umstellen von Neubau auf Infrastrukturerhaltung und die Gewinnabführung der Bahn einstellen, um die Bahn wieder flott zu machen

## **11. Kein Steuergeld für Banken – Wende in der Europäischen Krisenpolitik Europa**

Fünf Jahre nach der Lehman-Pleite ist der Finanzmarkt ungezügelt und verantwortungslos

wie zuvor. Schwarz-Gelb hat aus der historischen Finanzkrise null Konsequenzen gezogen. Europäische Steuerzahlerinnen und -zahler mussten Milliarden Euro Spekulationsverluste übernehmen. Europa wurde in eine historische Krise gestürzt, von der es sich noch nicht erholt hat. Wir wollen durch eine europäische Bankenunion und eine Schuldenbremse für Banken sicherstellen, dass nie wieder Steuerzahler für Bankenrisiken gerade stehen müssen. Wir brauchen eine strikte europäische Bankenaufsicht. Und wir wollen eine Wende in der Europäischen Krisenpolitik. Wir Grüne streiten für mehr Europa und einen solidarischen Weg aus der Krise. Deutschland wird unter einer grünen Regierungsbeteiligung keine einseitige und kontraproduktive Austeritätspolitik unterstützen, die Krisen verschärfend wirkt und die Kosten der Krise auch für den deutschen Steuerzahler nach oben treibt. Wir brauchen Investitionen in Zukunftssektoren in den europäischen Krisenländern für einen europäischen „Green New Deal“, mit dem dort Arbeitsplätze geschaffen, Energieimporte und damit auch das Außenhandelsungleichgewicht reduziert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Wir werden

- die deutsche Blockade der Europäischen Bankenunion unverzüglich beenden
- unverzüglich auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer drängen, die die Bundesregierung derzeit auf europäischer Ebene bremst und verwässert, obwohl Angela Merkel sie der Opposition im Gegenzug zur Zustimmung zum Fiskalpakt fest zugesagt hatte. Einen großen Teil der Einnahmen werden wir in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen lassen.

## **12. Keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und eine aktive Außenpolitik**

Wir wollen die Entwicklung Deutschlands zum obersten Waffendealer Europas unter Angela Merkel umkehren. Deutsche Panzer und Waffen dürfen nicht mehr an Diktatoren geliefert werden, die sie gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Angesichts des großen Leidens in Syrien und der Verschärfung der Konflikte in der ganzen Region wollen wir erreichen, dass Deutschland eine aktive diplomatische und humanitäre Rolle im Nahen Osten übernimmt. Besonders in Bezug auf die eskalierende Gewalt in Syrien werden wir Grüne alle Bemühungen unterstützen, alle beteiligten Akteure, inklusive Russland, China und Iran, zu einer politischen Lösung des Bürgerkriegs in Syrien zu drängen. Wir Grüne werden...

- das Kontingent der syrischen Flüchtlinge, die in Deutschland aufgenommen werden, von derzeit nur 5 000 Personen deutlich erhöhen,
- ein neues Rüstungsexportgesetz verabschieden, das den Export von Waffen und Überwachungssoftware in Staaten mit fragwürdiger Menschenrechtspraxis unmöglich macht,
- mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen herstellen, die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte aufheben und parlamentarische Kontrolle durch ein aufschiebendes Veto für den Bundestag bei Rüstungsexporten in Drittstaaten ermöglichen.

Mit diesen Sofortmaßnahmen steigen wir ein in den grünen Wandel für Deutschland. Diese Politik der Veränderung ist unser Angebot an die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist das Kontrastprogramm zur schwarz-gelben Klientelpolitik. Sie ist aber auch die klare Alternative zu einer Großen Koalition, deren Ergebnis Stillstand als kleinster gemeinsamer Nenner von Union und SPD wäre. Eine konsequente Energiewende, einen Bruch mit der Massentierhaltung, die Überwindung der öffentlichen Unterfinanzierung, mehr Gerechtigkeit

durch Mindestlohn und Bürgerversicherung – all das wird es mit einer Großen Koalition nicht geben, sondern nur mit starken Grünen.

Wir regieren für Inhalte, nicht für Macht. Wer mit uns regieren will, muss deshalb mit uns die Unterfinanzierung des Staates in Bund, Ländern und Kommunen durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen beenden und kleine Einkommen entlasten. Wer mit uns regieren will, muss das Betreuungsgeld abschaffen und in gute Bildung investieren. Wer mit uns regieren will, muss akzeptieren, dass wir die doppelte Staatsbürgerschaft einführen und den diskriminierenden Optionszwang abschaffen werden. Wer mit uns regieren will, muss Frauen selbstverständlich gleichberechtigt teilhaben lassen und tradierte Rollenbilder überwinden. Wer mit uns regieren will, der muss die Energiewende wieder auf Kurs bringen und die Massentierhaltung beenden. Wer mit uns regieren will, der muss eine verlässliche und solidarische Europapolitik und eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik mittragen.

Deshalb wollen wir Schwarz-Gelb beenden. Deshalb kämpfen wir für starke Grüne und für eine Regierungskoalition mit der SPD, die die besten Chancen bietet, den grünen Wandel umzusetzen. Wahlen werden nicht in Umfragen, sondern in den letzten Tagen entschieden. Wir werben um jede Stimme. Für den Grünen Wandel. Für Starke Grüne.